

**- Die Politik muss jetzt handeln -
IG Metall Küste fordert Rahmenbedingungen
für flexiblen Altersübergang**

Durch politische Entscheidungen ist ein Rentenzugang nach Arbeitslosigkeit oder Altersteilzeit für Neuzugänge nicht mehr möglich. Nur noch langjährig Versicherte kommen ab 63 in die Rente, mit entsprechenden Abschlägen.

Die Arbeitsbedingungen in den Betrieben sind aber noch immer nicht so, dass ein zumutbares Arbeiten bis 67 überall möglich wäre. Der Kostenwettbewerb geht immer mehr zu Lasten einer humanen Arbeitsorganisation und zumutbarer Arbeitsgestaltung.

Bleibt zunehmend älteren Belegschaften ein gleitender Ausstieg dauerhaft verwehrt, haben immer weniger Jugendliche bzw. junge Menschen die Chance auf gesicherte Arbeit.

Aus all diesen Gründen fordern die Mitglieder der großen Tarifkommission der IG Metall Küste die Ministerpräsidenten der norddeutschen Länder nachdrücklich auf, ihren Einfluss für die notwendige politische Rahmensetzung zum Erhalt zumutbarer flexibler Altersübergangsmodelle geltend zu machen.

Die IG Metall ist bereit, **nach** einer gesetzlichen Rahmensetzung im Wege tarifvertraglicher Regelungen Altersübergänge in die Rente zu flankieren.

Notwendig hierzu sind aber gesetzliche Bestimmungen, welche

1. die Beibehaltung der Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit bei Einstellung Jüngerer bzw. Übernahme von Auszubildenden (sog. Beschäftigungsbrücke) sichern,
2. die Steuer- und Abgabefreiheit von Aufstockungsbeträgen zur Altersteilzeit erhalten,
3. verbesserte Hinzuverdienstmöglichkeiten bei Teilrente und das Absenken des früheren Zugangs zur Teilrente schon ab dem 60. Lebensjahr
4. und den Ausgleich von Rentenabschlägen sowie fehlender Erwerbsjahre durch den Arbeitgeber ermöglichen.

Aus Sicht der Mitglieder der Großen Tarifkommission der IG Metall Küste ist eine schnelle gesetzliche Rahmensetzung im Interesse der Unternehmen und der Arbeitnehmer dringend geboten.

Es ist Zeit zum Handeln, warten Sie nicht länger !

Die Große Tarifkommission ruft Betriebsräte und Vertrauensleute auf, entsprechende Aktivitäten, wie Unterschriftensammlungen, Postkartenaktionen sowie Diskussionen mit

Arbeitgebern zu organisieren und sich auf weitergehende Aktionen („Brückenaktion“, Aktionen während der Arbeitszeit“ etc.) im nächsten Jahr vorzubereiten.